

Postfax

Bulletin d'information
du Syndicat des P&T
b.p. 623 L-2016 Luxembourg



N° 12
2000

OUTSOURCING

Bei allen betrieblichen Auseinandersetzungen um die finanzielle Lage und Zukunftsperspektiven des Unternehmens, um die Tarifgestaltung und um Lohn- oder sonstige Entgeltungsfragen, wird immer wieder vom Direktionskomitee auf die niedrigeren Kosten von Subunternehmen und Konkurrenten verwiesen, die günstigere Preise anbieten. Um Kosten zu sparen werden aus den Hauptfirmen Unternehmens- und Funktionsbereiche ausgegliedert, - Outsourcing wird das im Fachjargon genannt-, und von billigerem Personal ausgeführt. Dies geschieht teils durch die Vergabe von Aufträgen an eine andere Firma, teils durch die Gründung (allein oder mit einer anderen Firma) einer Tochtergesellschaft .

Outsourcing gibt es bereits im Telekommunikationsbereich des P&T-Unternehmens, das Kabelverlegung, Telekommunikationsanschlüsse, Arbeiten am Telekommunikationsnetz, GSM-Vermarktung, Telefonbuch usw. ausgelagert hat. Dass dabei die Qualität der Dienstleistungen drastisch sinkt, und, dass öfters P&T-Personal im nachhinein die Fehler der privaten Firmen ausbügeln muss, wird vom Direktionskomitee einfach übersehen.

Das P&T-Unternehmen plant jedoch nun auch

Outsourcing im Postbereich

um verschiedene Dienstleistungen an ein Subunternehmen auszulagern.

Das P&T-Unternehmen führt bereits Verhandlungen um sich bei einer kleinen Kurierfirma, die ihre Dienste im Grossraum der Stadt Luxemburg anbietet, einzukaufen und ihr in einer ersten Phase den Postzustell- und Abholdienst bei Grosskunden anzuvertrauen. In einer zweiten Etappe soll auch die Auslieferung von Paket- und Eilbriefen an diese Firma übergeben werden.

Besagter Kurierdienst beschäftigt zur Zeit 22 Angestellte, verfügt über 21 Wagen und arbeitet nach eigenen Angaben mit 17 **selbstständigen Fahrern**, die in Wirklichkeit aber

Scheinselbstständige

oder abhängig Selbstständige sind.

Diesen Job könnten natürlich auch festangestellte Fahrer erledigen. Diese aber wären teurer, dürften nicht solange arbeiten, hätten einen gesetzlichen Urlaubsanspruch, Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. Vertragliche Konditionen (wenn

überhaupt vorhanden) können durch den Auftraggeber, in diesem Fall besagter Kurierdienst, einseitig gesenkt oder verschlechtert werden. Die Zusammenarbeit mit dem Scheinselbstständigen kann vom Auftraggeber (der ja nicht Arbeitgeber ist) zu jedem Moment beendet werden. Der Auftraggeber zahlt keine Sozialversicherungsbeiträge die ausschliesslich zu Lasten des Selbstständigen sind. Es ist dies eine moderne Form sozialer Ausbeutung von Arbeitnehmern.

Es ist demnach mehr als bedenklich, dass ein staatliches Unternehmen eine Allianz in Erwägung zieht mit einer Firma, die Sozialdumping betreibt und ihr Personal ausbeutet.

Das Postsyndikat wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen diese Beschäftigungsform im P&T-Unternehmen sowie in allen P&T-Filialen und Partnergesellschaften wehren.

Das Postsyndikat ist sich voll bewusst, dass der Wettbewerb im Paket- und Expressdienst hohe Anforderungen an das P&T Unternehmen stellt.

Anforderungen an Anbieter

von Postdienstleistungen sind in den letzten Jahren anspruchsvoller und umfassender geworden. Beispielsweise ist zunehmend logistisches Können gefragt. Die Grosskunden verlangen neben den klassischen Postdienstleistungen wie Abholung, Beförderung, Auslieferung und Rücknahme der Post ein wesentlich grösseres Dienstleistungsangebot. Dazu gehört beispielsweise die Logistik mit zusätzlichen Aufgaben wie Lagern und Verpacken. Die Sendungsformate reichen von Dokumenten, Paketen und Paletten bis zu Containern. Weitere Anforderungen sind das Versenden und Ausliefern nach Termin, das Versichern der Transporte und die Schnelllieferungen.

Computergestützte Sendungsverfolgungen, bekannt als Tracking und Tracing, in die sich die Kunden beim Dienstleister per Computer einloggen können, sind mittlerweile ebenfalls unabdingbar. So werden in Zukunft vor allem Dienstleister, die die gesamte Bandbreite anbieten, und dies nicht nur landes- sondern weltweit, das Geschäft machen.

Die gewünschte

Bandbreite der Dienstleistungen

kann nur durch eine Allianz mit einem internationalen Global-Player wie Deutsche Post AG, Chronopost, TNT Postal Group usw. gesichert werden. Diese wiederum müssten sich in Luxemburg auf einen kompetenten Partner verlassen können.

Die luxemburgische Post muss demnach umdenken, sich neu organisieren. Durch eine Partnerschaft mit einem kleinen unbedeutendem nationalen Kurierdienst wird das P&T-Unternehmen diesen Ansprüchen in keinem Fall gerecht werden.

Unterredung mit dem Wirtschaftsminister



Am 12. November 1999 hatte das Postsyndikat eine erste Unterredung mit dem für das P&T-Unternehmen zuständigen Wirtschaftsminister Henri Grethen.

Hauptthema war natürlich die im Regierungsabkommen angekündigte Restrukturierung des P&T-Unternehmens.

Der Minister machte sofort unmissverständlich klar, dass er keine Absichten habe « Post » und « Telekom » zu trennen. Solange er nicht vom P&T-Unternehmen selbst mit einem diesbezüglichen Projekt befasst würde, sehe er keinen Handlungsbedarf und keinen Anlass eine Initiative zu ergreifen.

Was die Einführung eines « agent des P&T » (siehe Posfax 10/99) mit einem eigenem, massgeschneidertem Statut angeht, so gab sich der Minister äusserst zurückhaltend ; man sollte sich entscheiden zwischen einem Staatsbeamten- oder einem Privatbeamtenstatut, mit allen Vor- und Nachteilen. Ein « Zwischenstatut » stösst demnach beim Wirtschaft- und P&T-Minister auf wenig Begeisterung.

Gemäss diesem Prinzip zögert der Minister die abgelaufene Genehmigung für die Gewinnbeteiligung des P&T-Personal zu erneuern. Diese sei, seiner Meinung nach, ein Privileg des Privatsektors, das sich für den Staatssektor prinzipiell nicht eigne. Der Minister erklärte sich aber bereit, auf Grund eines Dokumentes, das vom Direktionskomitee ausgearbeitet werden soll, das spezifische, an eine Bewertung gekoppelte System der Gewinnbeteiligung im P&T-Unternehmen zu analysieren, bevor er eine Entscheidung über die Verlängerung trifft.

Das Postsyndikat hat sich bereit erklärt über eine Umänderung der Gewinnbeteiligung in eine « staatspezifische » Prämie zu diskutieren. Eine solche staatspezifische Prämie, die ohne weiteres auch für das P&T-Personal berechtigt wäre, gibt es zum Beispiel beim Steueramt.

Projet de loi sur

les services postaux et les services financiers postaux

A. Services Postaux

Le projet de loi sur les services postaux entend transposer en droit luxembourgeois la Directive 97/67/CE concernant la libéralisation des services postaux dans la Communauté et, par là, créer un cadre juridique qui officialisera et légitimera la concurrence à laquelle l'Entreprise des Postes et Télécommunications est d'ores et déjà confrontée.

La loi en question va donc régulariser la situation en chargeant l'Entreprise des P et T d'assurer la fourniture d'un service de base, aussi bien en région urbaine qu'en région rurale et ceci à des prix abordables et d'une qualité minimum déterminée (Service Universel).

En contrepartie l'Entreprise, en tant que prestataire du Service Universel, bénéficiera d'un monopole (Services réservés) pour les objets de correspondance adressés jusqu'à 350 grammes, en ce compris le publipostage et le courrier transfrontalier entrant et sortant.

Ces droits spéciaux seront concédés à l'Entreprise des P&T pour éviter qu'elle doive exécuter les missions les moins lucratives et abandonner les meilleures parts de marché à d'autres entreprises de distribution qui ne feront qu'écrémer le marché.

Il s'agit donc d'assurer à l'Entreprise des P et T une assise financière pour remplir son mandat de service public.

Les remarques du Syndicat des P&T concernant le projet de loi précité ont été publiées au Postfax no 9/99.

Entre-temps, le Gouvernement a introduit une série d'amendements qui, d'un côté, ne constituent que des modifications mineures aux dispositions initiales traitant du secteur postal, mais, de l'autre côté, réforment par contre fondamentalement le cadre de la législation sur les services financiers postaux.

B. Services financiers postaux.

En créant un nouveau cadre législatif pour les services financiers postaux, le Gouvernement affirme répondre à un besoin de parallélisme dans la gestion économique des trois branches d'activités de l'Entreprise, à savoir

- les services postaux,
- les télécommunications et
- les services financiers postaux.

Ce que le Gouvernement présente comme une mesure adéquate pour un développement futur des services financiers postaux, dans un environnement de saine concurrence, revient en fait à une

délimitation des activités des CCP.

En effet, le projet de loi limite les services financiers postaux aux activités autorisées pour les professionnels du secteur financier de droit luxembourgeois, à l'exception toutefois des établissements de crédit.

Il s'ensuit que l'Entreprise ne pourra accorder des crédits, ni accepter de l'épargne.

Le service des CCP deviendrait un institut financier, mais ne deviendrait pas un institut de crédit, ni une banque postale.

Les seuls nouveaux produits que les CCP seraient autorisés à offrir se limiteraient en fait à la vente de SICAV et de Bons de Caisse.

Selon le Conseil d'Etat, l'Entreprise des P&T devrait vendre pour LUF 100 milliards!! de ces nouveaux produits pour assurer la rentabilité du service des chèques postaux.

Or, même les banques de la place les mieux implantées sur le marché local ne réalisent pas ce chiffre.

Par contre, l'Entreprise des P&T perdrait le monopole du paiement, via CCP, des rémunérations des fonctionnaires, employés et ouvriers de l'Etat, monopole jugé discriminatoire et concurrence déloyale vis-à-vis des établissements bancaires.

Or, ce monopole n'est en réalité rien d'autre que le droit du patron (en l'occurrence l'Etat) de verser les rémunérations de son personnel sur les comptes de l'institut financier de son choix.

Il n'y a donc rien de discriminatoire dans le mesure où l'on ne peut guère imaginer qu'une Banque Générale, BIL ou autre institut bancaire, laisse à son personnel le choix de la banque pour le versement des traitements. L'Etat-patron devra donc, à son tour, pouvoir liquider les rémunérations de son personnel sur les comptes de son propre institut financier, en l'occurrence le service des CCP.

Une fois le monopole en question aboli, les banques de la place abuseront de leur statut d'institut de crédit pour forcer tout agent public qui contracte un emprunt, à se faire ouvrir un compte courant bancaire sur lequel devra être viré son traitement.

Comme, en plus, les fonds déposés sur les CCP détenus par l'Etat ne seront plus rémunérés, et que le service des CCP devra assurer sa rentabilité par le placement des seuls fonds de tiers, l'équilibre financier et la compétitivité des services financiers postaux, tels qu'ils sont définis dans le projet de loi amendé, deviennent très douteux.

Les réformes précitées ne manqueront pas d'avoir également des répercussions sur la viabilité du réseau des guichets des bureaux de postes, par l'intermédiaire desquels s'effectuent une grande partie des activités du service des CCP.

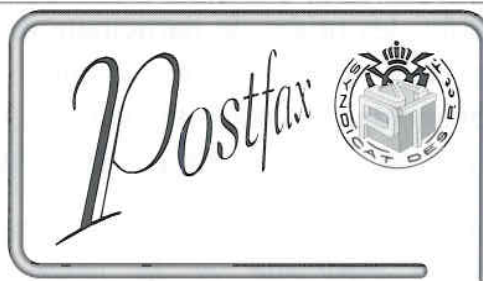
Dans ces conditions, la Chambre des Fonctionnaires et Employés Publics a proposé d'attendre le résultat de l'étude qu'une société externe est en train de réaliser sur la viabilité future du service des CCP et l'impact sur les activités des guichets postaux, surtout en milieu rural.

Le Conseil d'Etat, dans son avis du 14.12.99, doute également du bien-fondé de la démarche du Gouvernement et estime que « l'expansion des services financiers postaux doit être placée dans le

contexte d'un plan stratégique de l'EPT. »

Pour le Conseil d'Etat « l'enjeu est de taille ce pourquoi le Conseil d'Etat se refuse à avaliser une réforme introduite à la hâte qui soulève plus de questions qu'elle ne fournit de réponses. »

Cette dernière remarque rejoint la position du Syndicat qui a demandé au Ministre de tutelle que, avant tout autre progrès en la matière, le Comité de Direction des P&T soit chargé d'élaborer, « à tête reposée », dans le dialogue et la transparence, un concept stratégique quant à la future orientation des services des CCP.



BULLETIN D'INFORMATION
du SYNDICAT DES P&T
b.p. 623 L-2016 LUXEMBOURG

IMPRIMERIE :
PRINT-SERVICE, LUXEMBOURG
TIRAGE : 1 500

RÉDACTION :
RAYMOND HENCKS

PHOTOGRAPHIES :
ROMAIN LEMMER

FICHER ADRESSES :
JEAN-JACQUES THILL
TÉL. : 021 135 036

Participations et Cessions

dans des sociétés publiques ou privées

Selon la loi du 10 août 1992 portant création de l'Entreprise des P et T, la prise et la cession de participations dans des sociétés publiques ou privées, doivent, en dernière instance, être autorisées par le Gouvernement.

Comme le Comité de Direction estime que cette obligation constitue une entrave à sa liberté d'action, il a insisté afin qu'une disposition limitant la prise et la cession de participations à la seule approbation du Conseil d'Administration des P et T soit insérée dans le projet de loi sur les services postaux.

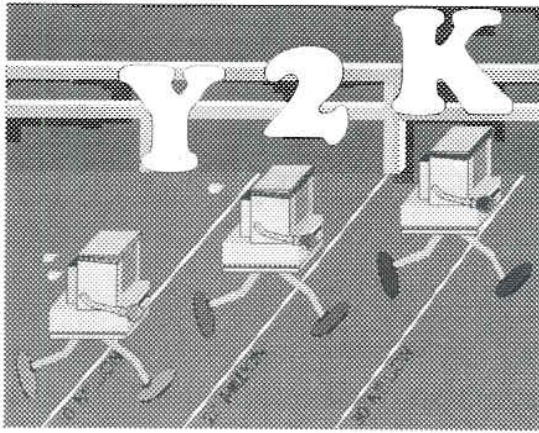
L'argument de la *"lourdeur particulière"* de la procédure" actuelle, avancée dans le commentaire des articles du projet de loi, n'est pas convaincant du tout et cache les vrais intentions des pères spirituels de la proposition de modification en question.

En effet, les prises de participations ne se font jamais du jour au lendemain, mais sont sujets à de longues discussions et négociations. Le délai supplémentaire nécessité par le Gouvernement avant la décision ne compromet certainement pas la réussite de l'opération.

L'autre argument figurant au commentaire à savoir que *"la proposition renforce l'autorité et la responsabilité du Conseil d'Administration"* surprend, alors que le Comité de Direction des P et T s'est jusqu'ici toujours particulièrement appliqué à ne conférer au Conseil d'Administration qu'un rôle contemplatif.

Comme les prises de participations engendrent le plus souvent des dépenses substantielles avec des risques de pertes conséquentes, et comme ces dépenses ne figurent jamais dans les prévisions budgétaires soumises à l'approbation du Conseil de Gouvernement, il n'est que logique que ce dernier doive donner son aval, de cas en cas, aux transactions financières du genre. Il revient au seul Gouvernement de décider en dernière instance avec quel partenaire et dans quelles conditions l'Etat se lie.

Les enjeux qui sont en cause ont d'ailleurs également amené le Conseil d'Etat à désapprouver la modification proposée.



Es kam also am letzten Tag im letzten Jahrhundert, an dem 31. Dezember 1999, um 23 Uhr 59 Minuten und 59 Sekunden, also in dem Moment als der Zeiger den Schritt von 1999 ins Jahr 2000 machte, nicht zum grossen, mittelschweren oder kleinen Kladderadatsch.

Der Uebergang ins Jahr 2000 ist also gelungen, wenn man einmal davon absieht, dass, während des Bereitschaftsdienstes in der Sylvesternacht, der beigeordnete Generaldirektor sich beim Aufstellen der 30 Feldbetten mächtig verhedderte, die hausgemachte Verpflegung äussert mickrig und nicht einmal Sekt vorhanden war.

Das P&T-Personal konnte aufatmen. Das Grossprojekt « Y2K », am Ende einige hundert Millionen teuer, hatte irgendwann jeden Beschäftigten des P&T-Unternehmens, der irgendwie mit der Entwicklung oder der Verarbeitung technischer Systeme und Anwendungen zu tun hat, betroffen.

Immerhin ging es um die Sicherheit und Funktionstüchtigkeit vom Telekommunikation- und Postverteilungsnetz, Postscheck, Buchführung und anderen Datenbanken.

Die Testerfahrung hatte gezeigt, dass es zum entscheidenden Wechsel am

Jahresende nicht ohne den Einsatz der Beschäftigten klappen würde, selbst wenn es gelungen sein sollte, das eigene System und das beeinflussbare Systemumfeld jahrtausendfähig zu machen. Für viele Eventualitäten wie z.B. Stromausfall waren Notprogramme vorgesehen. Um diese auszulösen und um auf Unvorhersehbares und Unvorgesehenes sofort und aktiv zu reagieren mussten viele Beamte in den kritischen Tagen von Sylvester bis in die ersten Januartage Ueberstunden und Bereitschaftsdienst leisten. Dem gesamten Personal war bekanntlich der Urlaub vom 1. Dezember 1999 bis zum 31. Januar 2000 gesperrt worden, um im Notfall über genügend Personal zu verfügen, um die anfallenden Arbeiten manuell verrichten zu können.

Das Postsyndikat hatte diese Massnahmen mitgetragen, konnte sich aber nicht mit den vom Direktionskomitee vorgeschlagenen Entschädigungen einverstanden erklären.

Das für das Personal zuständige Mitglied des Direktionskomitee versteifte sich auf die üblichen Regeln für Ueberstunden und Bereitschaftsdienst und war nicht gewillt für die Extraleistungen auch Extrazulagen zu gewähren. Aufgehoben wurde nur die Maximalgrenze (Grad 9) bei der Berechnung der Ueberstunden wovon nur Beamte über Grad 10 profitierten.

Eine vom Postsyndikat vorgeschlagene Extra-Regelung wurde nicht berücksichtigt. Schlussendlich musste das Direktionskomitee sich auf Wunsch des Verwaltungsrates dazu durchringen, dem Personal, welches im Dezember und Januar auf Urlaub verzichten musste, je ½ Urlaubstag gutzuschreiben.

Réforme de l'IFA (Institut de Formation Administrative) changé en

Institut National d'Administration Publique (INAP)

La loi du 15 juin 1999 portant organisation de l'INAP, apportera d'importants changements pour tous les fonctionnaires-stagiaires et fonctionnaires publics.

Fonctionnaires-stagiaires

La réorganisation de la formation pendant le stage des trois grandes carrières administratives de l'Etat (les carrières supérieures administratives, la carrière du rédacteur et la carrière de l'expéditionnaire) se caractérise par une réduction en volume de la formation initiale pour la ramener à un certain nombre de matières essentielles.

La durée de la formation initiale à l'Institut National d'Administration Publique est ramenée à presque la moitié du temps de formation prévu à l'heure actuelle (carrières supérieures administratives: de 380 à 220 heures de cours / carrière du rédacteur: de 640 à 318 heures de cours / carrière de l'expéditionnaire: de 640 à 310 heures de cours).

La nouvelle loi prescrit pour chaque administration l'introduction d'un *plan d'insertion professionnelle* en faveur des stagiaires nouvellement recrutés. Ce plan doit être considéré comme un élément indispensable de la formation spéciale des stagiaires dans leur administration. Il est établi par les administrations de l'Etat en collaboration étroite avec l'INAP.

Le plan a pour objet de faciliter le processus d'intégration administrative et sociale du stagiaire dans sa nouvelle administration, tout en lui conférant la formation et les connaissances de base indispensables pour bien exercer sa mission. Le plan d'insertion doit obligatoirement prévoir pour chaque stagiaire:

- la mise à la disposition du stagiaire d'un **patron de stage** qui a pour mission d'initier et d'encadrer le stagiaire dans son administration
- la remise au stagiaire d'un **livret d'accueil** qui lui permettra de s'orienter dans son administration et de pouvoir se familiariser avec son nouvel environnement
- l'élaboration d'un **dossier-formation** qui permet d'accompagner le stagiaire tout au long de sa période de stage et qui renseigne d'une manière détaillée sur sa performance, son comportement, son assiduité, sa capacité professionnelle et intellectuelle.

A cela s'ajoute toutefois que les stagiaires doivent, pendant leur stage, réintégrer tous les six mois l'Institut afin d'y suivre, à chaque fois pendant une semaine, des séminaires (workshop) sur la communication, l'organisation et la gestion.

Par contre, la formation à l'INAP des stagiaires de la carrière de l'ingénieur-technicien, de l'expéditionnaire technique et de l'artisan sera majorée à 76, respectivement 66 heures (contre 4 semaines actuellement).

Les employés ne fréquentent pas l'INAP.

La mise en vigueur de ces dispositions est prévue pour octobre 2000.

Fonctionnaires

La loi prévoit pour tous les fonctionnaires une formation continue permanente suivant le principe du lifelong learning qui généralise et intensifie la fréquentation des

Cours de Perfectionnement

notamment en ajoutant aux conditions de promotion dans le cadre ouvert, l'obligation d'avoir suivi, pendant toute sa carrière, un certain nombre de cours de perfectionnement.

A. Cadre Ouvert

Dorénavant nul ne peut accéder du cadre ouvert au cadre fermé s'il n'a pas suivi au moins 12 jours de cours de perfectionnement.

Pour toute nomination à une fonction du cadre ouvert (autre que celle du début de carrière) il faudra avoir absolvé les cours de perfectionnement suivants:

carrières de l'ingénieur, de l'attaché, de l'ingénieur-technicien, expéditionnaire administratif, expéditionnaire technique, artisan, facteur:

- 6 jours avant la première promotion du cadre ouvert
- 6 jours avant la deuxième promotion du cadre ouvert.

carrières du rédacteur et du technicien:

- 4 jours avant la première promotion du cadre ouvert
- 4 jours avant la deuxième promotion du cadre ouvert
- 4 jours avant la troisième promotion du cadre ouvert

Les cours de perfectionnement précités comprennent deux catégories:

1. Les cours de la première catégorie sont ceux dont la participation donne lieu à une évaluation des connaissances
2. Les cours de la deuxième catégorie sont ceux dont la participation ne donne pas lieu à une évaluation des connaissances

Le programme de formation continue mentionne pour chaque cours la catégorie dans laquelle il est classé.

➡ **Seuls les cours de première catégorie sont pris en compte pour les promotions dans le cadre ouvert, le passage du cadre ouvert au cadre fermé et pour les allongements de grade dans le cadre fermé.**

B. Cadre Fermé

Or, la formation continue que s'arrêtera pas avec le passage du cadre ouvert au cadre fermé. Dorénavant le volume des jours de cours de formation continue liés aux allongements de grade (6 jours dans le régime actuel) passera avec la mise en vigueur de la nouvelle loi à 30 jours de formation (y compris les 12 jours de formation du cadre ouvert).

Dorénavant pour pouvoir bénéficier de l'allongement d'un grade qui ne constitue pas le dernier grade de la carrière, le fonctionnaire doit avoir accompli dix-huit ou vingt-quatre jours de formation continue selon qu'il s'agit de l'allongement de l'antépénultième ou de l'avant-dernier grade de la carrière.

L'allongement du grade de fin de carrière n'est accessible qu'aux fonctionnaires ayant accompli trente jours de formation continue. Cette disposition s'applique également aux carrières s'échelonnant sur un seul grade ou sur plusieurs grades accessibles uniquement par avancement en traitement.

Le fonctionnaire doit donc passer pendant toute sa carrière par au moins 30 jours de formation continue, soit 15 séminaires.

Par le biais d'une disposition transitoire le fonctionnaire qui, au moment de la mise en vigueur des dispositions des cours de perfectionnement (1er janvier 2001), peut attester avoir déjà suivi des cours de recyclage, ou en avoir été dispensé pour des raisons dûment motivées par son chef d'administration, bénéficie d'une bonification:

- de 18 jours de cours pour un cours de recyclage suivi;
- de 24 jours de cours pour deux cours de recyclage suivis;
- de 30 jours de cours pour trois cours de recyclage suivis.

Rappel important

Rien n'est changé en ce qui concerne les demandes écrites qu'il faut introduire pour bénéficier d'un allongement de grade.

Modèle d'une telle demande à introduire par la voie hiérarchique

Monsieur le Président du Comité de Direction
de l'Entreprise des Postes et Télécommunications
L-2020 Luxembourg

Monsieur le Président,

Me référant à l'article 22, section VI. de la loi modifiée du 22 juin 1963 fixant le régime des traitements des fonctionnaires de l'Etat, j'ai l'honneur de vous prier de bien vouloir me faire bénéficier de l'allongement du grade prévu par la loi précitée.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de mes remerciements anticipés.

Nom et prénom:

Grade:

No national:

Cours de recyclage:

.....

.....

.....

....., le

signature

Travail Partiel

Selon l'accord de coalition du nouveau Gouvernement:

"Il sera procédé à une révision des heures d'ouverture des administrations, associée à l'introduction de nouveaux modules en matière de temps de travail et à l'aménagement de l'horaire de travail.

Le travail à temps partiel aura une importance majeure.

Faut-il en déduire que le travail à temps partiel sera introduit et généralisé dans la Fonction Publique?

A noter qu'à ce stade le travail à temps partiel n'existe pas tel quel dans le fonctionnariat. Même si l'article 31.-1 du statut général des fonctionnaires de l'Etat traite du travail à mi-temps à titre temporaire, les règlements grand-ducaux d'exécution afférents n'ont jamais été pris. Il s'ensuit que dans la pratique seul un congé pour travail à mi-temps est, ou peut être accordé aux fonctionnaires dans des circonstances déterminées et pour une durée limitée.

Le travail à temps partiel est donc différent du congé pour travail à mi-temps dans la mesure où il n'est pas nécessairement limité dans sa durée d'application, où son allocation n'est pas conditionnée à des événements définis d'avance, et où le "mi-temps"

n'est qu'un module parmi une multitude d'autres possibilités.

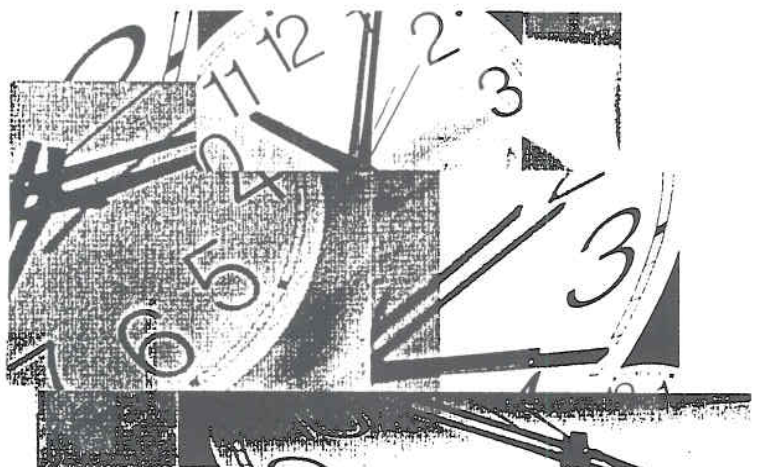
Lors d'une entrevue, le Secrétaire d'Etat à la Fonction Publique, Jos Schaack, nous a fait savoir que l'introduction générale du travail partiel dans la Fonction Publique n'est pas envisagée. Tout au plus, le Ministère de la Fonction Publique est disposé à lancer une expérience-pilote dans l'une ou l'autre administration et uniquement sur demande expresse d'une administration intéressée.

Avant de saisir le Comité de Direction des P et T avec une demande afférente, le Syndicat voudrait se faire une idée de l'intérêt de ses membres pour une éventuelle introduction du travail à temps partiel auprès des P et T.

Voilà pourquoi nous prions tout(e) intéressé(e) à renvoyer dans les meilleurs délais le questionnaire ci-après au Syndicat des P et T,
b.p. 623, L-2016 Luxembourg.

Teilzeit- beschäftigung

im öffentlichen Dienst



Questionnaire

Nom et prénom:.....
Service :.....
Age :.....
Sexe :.....

TRAVAIL A TEMPS PARTIEL

Êtes-vous intéressé par un travail à mi-temps

oui, tout de suite	
oui, mais plus tard	
peut-être plus tard	
non, pas du tout	

Si vous êtes intéressé, quel module préféreriez-vous

20 heures/semaine	
30 heures/semaine	
32 heures/semaine	
35 heures/semaine	
...../semaine	

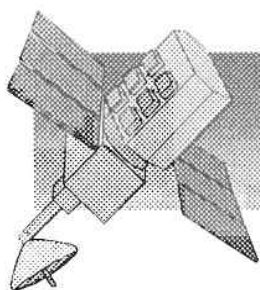
Quelles sont les périodes pendant lesquelles vous voudriez être libre de service

matin	
après-midi	
mardi et jeudi après-midi	
.....	

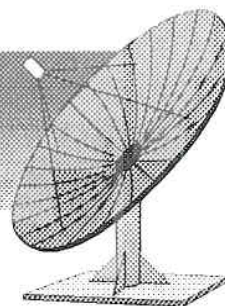
Croyez-vous qu'un travail partiel est réalisable dans votre service actuel

oui	
non	

A renvoyer au Syndicat des P et T
b.p. 623
L-2016 Luxembourg



Télécommunications



Depuis la mise en vigueur de la loi du 21 mars 1997 sur les télécommunications (Mémorial A18 du 27 mars 1997) de nombreuses compagnies ont reçu une licence pour l'exploitation :

- d'un réseau de télécommunication avec téléphonie (licence A) ;
- d'un réseau de télécommunications sans téléphonie (licence B) ;
- de services de téléphonie sans réseau (licence C) ;
- de services de mobilophonie (licence D).

Les firmes suivantes, dont certaines étaient déjà opérationnelles sur le marché bien avant la libéralisation, ont été officiellement accréditées

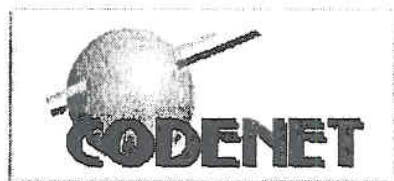
Exploitation de réseaux de télécommunications avec service de téléphonie
Licence A

ENTREPRISE DES POSTES ET TELECOMMUNICATIONS



Opérateur historique du Grand-Duché fondé en 1842 sous la forme d'une administration puis transformé en établissement public en 1992, il est le plus important opérateur de services postaux et de télécommunications au Grand-Duché et est le premier Internet Service Provider au Luxembourg.

CODENET est une filiale de Tractabel, constituée pour gérer et développer un réseau privé virtuel de transmission de données en Belgique et au Luxembourg.



GTS (Global TeleSystems) qui a son siège à Washington n'exerce ses activités que sur le continent européen en exploitant un réseau de fibres optiques transfrontalier à haute capacité.

TELE2

TELE 2- Luxembourg est une des nombreuses filiales de la Société Européenne de Communication (Groupe Kinnevik) qui vise essentiellement le trafic téléphonique international et qui exploite une partie de l'infrastructure du réseau Millicom (Tango), autre filiale du groupe SEC.

EUROPEAN TELECOM a repris la licence qui a été initialement délivrée à Unisource Business Networks Luxembourg qui devait être le distributeur local des services de la joint-venture AT&T et Unisource Communications (appartenant à parts égales à KPN Telecom NL, Swisscom et Telia Sweden). Entre-temps AT&T s'est retiré de Unisource. European Telecom Luxembourg est une filiale de RSL COM, une entreprise globale de services de télécommunications.



LEVEL 3 Communications qui a son siège à Bruxelles est en train de construire un réseau international utilisant la technologie IP (Internet Protocol). Ce réseau qui se compose de réseaux locaux et longue distance ne sera probablement opérationnel que dans 5 ans.

GLOBAL ONE Luxembourg est une filiale de la joint venture entre France Télécom, Deutsche Telekom et Sprint. France Telecom voudrait acquérir les parts de DT et Sprint dans Global One.



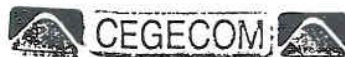
FirstMark Communications International

FIRST MARK Communications International est une société américaine qui met en place un réseau de communication hertzien. FirstMark Luxembourg est détenue à 25 % par Audiolux.



WORLD COM International est une compagnie américaine de téléphonie longue distance qui développe son propre réseau de télécommunications en fibres optiques à travers l'Europe. WorldCom s'est allié au câblo-distributeur Coditel-Bruxelles.

Exploitation de réseaux de télécommunications sans service de téléphonie
Licence B



CEGECOM S.A., une filiale à 100 % de la compagnie grand-ducale d'électricité Cegedel.

NACAMAR Luxembourg s.à.r.l. est un opérateur pancuropéen disposant d'un réseau qui couvre une dizaine de pays d'Europe.

CODITEL S.A. est une filiale du groupe belge Tractabel. Coditel est un des câblo-distributeur de programmes de télévision.

CLT-UFA S.A. est le groupe audiovisuel issu de la fusion entre la Compagnie luxembourgeoise de Télédiffusion et le holding allemand UFA du groupe Bertelsmann

HERMES EUROPE RAILTEL B.V. est une joint-venture formée par Global Telesystems Group et la Compagnie des chemins de fer belge SNCB. Hermes a entre-temps été repris par RSL Com.

Astra-Net est la plate-forme multimédia de la Société Européenne de Satellites (SES)

En décembre 1999, deux autres firmes à savoir:

Carrier 24, München et

Vine télécoms, London ont également reçu une licence B

Exploitant de services de téléphonie sans réseau
Licence C

Cross Communications Distribution s.à.r.l. est active dans le domaine des "reroutages" voix/données pour les télécommunications internationales à destination de groupes restreints d'utilisateurs.

RSL Com Luxembourg s.à.r.l. établit des opérations locales sur les principaux marchés mondiaux de télécommunications.

Exploitant de services de Mobilophonie
Licence D

Entreprise des P&T

Millicom Luxembourg S.A



ER LEBT NOCH!





Postfix

Bulletin d'information du Syndicat des P&T
b.p. 623 L-2016 Luxembourg

LUXEMBOURG-GARE
PORT PAYE
P/S 409